

Heute

Welthandel

Beteiligung von Frauen

In Buenos Aires wird heute das WTO-Ministertreffen fortgesetzt. Dabei steht unter anderem die Verabschiedung einer Erklärung von WTO-Mitgliedsländern zur Beteiligung von Frauen am Welthandel auf dem Programm.

www.volksblatt.li

Bankenregulierung

Keine grossen Konsequenzen

FRANKFURT Die von Notenbankern und Aufsehnern beschlossenen neuen Bankenregeln führen bei den europäischen Banken nur zu einem moderaten Anstieg der Kapitalanforderungen. Wie aus einer Studie der Europäischen Bankenaufsicht EBA hervorgeht, steigt der Eigenkapitalbedarf weltweit um 27,9 Milliarden Euro, in Europa um 17,5 Milliarden Euro. Bei der ursprünglichen Neufassung der unter dem Namen «Basel III» bekannten Regeln im Jahr 2010 hatte der Bedarf global bei 518 Milliarden Euro gelegen, in Europa bei 276,6 Milliarden Euro. Da damals in den Verhandlungen einige strittige Punkte offen blieben, wurden die Regeln erst jetzt finalisiert. Diese endgültigen Regeln, gegen die die Banken in vielen Ländern und in den zurückliegenden Jahren Sturm gelaufen waren, bürden den Geldhäusern demnach offenbar nur eine recht überschaubare Zusatzlast auf. Eine extrem lange Übergangsfrist bis Anfang 2027 sorgt zudem dafür, dass die Institute beim Aufbau des nötigen Eigenkapitals viel Zeit haben. (sda/reu)

PostFinance

Zusammenarbeit mit Western Union beendet

BERN Bei der PostFinance kann man ab Neujahr kein Geld mehr online über den Geldversender Western Union überweisen. Die Post-Tochter lässt die Partnerschaft Ende Jahr auslaufen. Der Schritt erfolgt im Rahmen einer Neuausrichtung des Zahlungsverkehrs, wie Unternehmenssprecher Johannes Möri am Montag einen Bericht der Zeitung «Tages-Anzeiger» bestätigte. Somit bietet PostFinance im E-Banking nur noch Überweisungen von Konto zu Konto an. Die vor allem bei Empfängern in Entwicklungsländern beliebte direkte Bargeldannahme auf einer Zweigstelle von Western Union entfällt. (sda)

Nachhaltig investieren: Stiftungen wünschen glaubwürdige Partner

Studie Die Vereinigung liechtensteinischer gemeinnütziger Stiftungen (VLGS) und der Bankenverband (LBV) luden am Montag in die Räumlichkeiten der VP Bank in Triesen ein: Im Mittelpunkt stand die Studie «Mit Stiftungsvermögen Wirkung erzielen».

VON HANNES MATT

Gemeinnützige Stiftungen unterstützen je nach vorgeschriebenem Zweck verschiedene, meist wohltätige Projekte - vor allem aus Erträgen von Zins- und Kapitalerträgen des angelegten Stiftungsvermögens. Dies ist aber nur ein Bruchteil der finanziellen Möglichkeiten: Warum nicht vollumfänglich oder zumindestens zu grossen Teilen eine Investitionsanlage wählen, die nachhaltig oder im Sinne des Stiftungszwecks handelt? Dieser und vieler weiterer Fragen ging die gestern präsentierte Studie mit dem Titel «Mit Stiftungsvermögen Wirkung erzielen» nach.

Möglichkeiten sind allen bekannt

«In Liechtenstein sind einige Stiftungen diesbezüglich schon sehr weit», fasste Studienautorin Ingeborg Schumacher-Hummel ihre Befragung von über 50 Stiftungen in der Schweiz und Liechtenstein zusammen. «So gibt es solche, die diesbezüglich als Vorreiter verschiedene Massnahmen durchgesetzt haben. Für die anderen ist es zumindestens ein Thema, mit dem man sich auseinandersetzen will.» Es seien zwar noch vereinzelt ältere Denkweisen vorhanden, etwa dass die Anlagerenditen maximiert werden müssten, um genügend Projektressourcen zu erhalten - und so mehr «Gutes tun zu können». Gerade im Umfeld von tendenziell sinkenden Erträgen kann zweckgebundenes und nachhaltiges Investieren aber noch mehr Chance sein, die Wirkung



Von links: Peter Goop (VLGS), Christian Verling (VLGS), Fortunat Walther (Medicor Foundation), Studienautorin Ingeborg Schumacher-Hummel (Responsible Impact Investing), Dagmar Bühler-Nigsch (VLGS), Stefan Schwitter (VP Bank) und Ursula Finsterwald (LGT) mit Moderator Simon Tribelhorn (Bankenverband). (Foto: Paul Trummer)

einer Stiftung zu verstärken. Etwa mit Vorgaben im Anlagereglement, wie es bereits drei Viertel der befragten Stiftungen umsetzen (Vorreiter sind hier übrigens die Hilfswerke). Dabei kommen zumeist Negativkriterien zum Zug: Etwa werden Unternehmen mit kontroversen Geschäftstätigkeiten (Kinderarbeit oder Menschenrechtsverletzungen) ausgeschlossen. Überraschend ist laut Studie zudem der hohe Anteil der Stiftungen, die

Erfahrung mit «Impact Investments» aufweisen - einer Anlagemöglichkeit, mit der sich neben einer finanziellen auch eine soziale Rendite erwirtschaften lässt. Dazu zählt auch das sogenannte «Microfinance», also die Förderung von Kleinunternehmern hauptsächlich in ärmeren Ländern, die sonst kaum Kredit erhalten würden. Ein Beispiel: Der Fonds der Medicor Foundation. Was möglich ist, zeigte deren CEO, Fortunat Walther, bei der anschliessenden Podiumsdiskussion auf: «Der erste Microfinance-Fonds Liechtensteins erreicht rund 46 000 Unternehmerinnen und Unternehmer in 47 Ländern mit über 100 000 Angestellten.» Eine beachtliche Zahl. Die Stiftungen werden in dieser Thematik aber zu oft noch alleingelassen, sagte dagegen Christian Verling (VLGS). Der Wille zur nachhaltigen Investition sei zwar da - erschwert kann jedoch auch die innere Organisation einer Stiftung sein. Hier setze übrigens der bereits veröffentlichte Leitfaden der VLGS an.

Glaubwürdigkeit verstärken

Die Stiftungen wünschen sich aber auch, dass Finanzakteure als glaubwürdige Partner individuell auf ihre Bedürfnisse eingehen und - auch in Bezug auf Nachhaltigkeit - Optionen aufzeigen. Es herrscht eine Unsicherheit,

ob die investierten Vermögen auch wirklich etwas bewirken, betonte etwa Peter Goop (VLGS). So sollen nachhaltige Finanzdienstleistungsangebote nicht bloss ein Marketing-Gag sein, sondern die «inneren Werte des Unternehmens» verkörpern. «An dieser Glaubwürdigkeit hat insbesondere die Bankenwelt noch zu arbeiten», so Goop.

Kundennachfrage ist da

Das sahen die eingeladenen Banken natürlich etwas anders. So berichtete Ursula Finsterwald (Group Sustainability Manager bei der LGT) vom Nachhaltigkeitsbewertungsinstrument, dem «LGT Sustainability Rating» - basierend auf einem Fünf-Sterne-System, das Kunden bei der Wahl von nachhaltigen Investments helfen soll. Auch die VP Bank habe bereits eine Palette an nachhaltigen Vermögensverwaltungsmandaten lanciert, wie Stephan Schwitter (Leiter Group Investment VP Bank) ausführte: «Die Gründe: Weil die Kundennachfrage deutlich spürbar angezogen hat und dies glaubwürdig in das Bild unserer Bankengruppe passt.» So einigte man sich bei der Wunschrunde auf einen weiteren, möglichst ungezwungenen Austausch zwischen Stiftungs- und Bankenvertreter in dieser Thematik - gerade auch mit Blick auf die Kleinheit des Landes eine grosse Chance.

Studie «Mit Stiftungsvermögen Wirkung erzielen»

Das Wichtigste auf einen Blick

- In den Interviews wird deutlich, dass alle befragten Stiftungsvertreter nachhaltige und zweckbezogene Anlagen kennen.
 - Als Motive stehen persönliche Werte, die Vermeidung von Widersprüchen mit dem Stiftungszweck oder die Erzielung einer Wirkung im Vordergrund.
 - Bisher erfolgt eine Umsetzung am häufigsten über Ausschlusskriterien, daneben werden positive Nachhaltigkeits- oder ESG-Kriterien oder auch «Impact Investments» genannt.
 - Die Empfehlungen des Swiss Foundation Code werden als Unterstützung wahrgenommen, doch hemmen fehlender externer Druck, ideologische Vorbehalte oder fehlendes Wissen die Implementierung.
- Mögliche Handlungsfelder**
- Der Aufbau von Finanz-Know-how sowie ein modernes Selbstverständnis der Stiftungen, dass auch das Vermögen eine positive Wirkung erzielen kann, fördert Offenheit.
 - Stiftungen wünschen sich Finanzakteure als glaubwürdige Partner, die individuell auf ihre Bedürfnisse eingehen und - auch in Bezug auf Nachhaltigkeit - Optionen aufzeigen. Ihre Kompetenz für nachhaltige und zweckbezogene Anlagen sollte im Beratungsprozess systematisch verankert werden und mit einer ehrlichen Kommunikation und einem fundierten Reporting einhergehen.
 - Der Zugang zu nachhaltigen Anlagen kann durch mehr Transparenz im Angebot sowie eine Kommunikation über positive Beispiele oder kreative Lösungen, auch unter Einbezug von Stiftungs-Know-how gefördert werden.
 - Zudem könnte mehr Interesse bzw. sanfter öffentlicher Druck oder Flexibilität sowie Anregungen seitens der Behörden die Umsetzung beschleunigen.

Freihandelsrisiko USA: Geht die Globalisierung trotz Trump weiter?

Analyse Auf den ersten Blick steht das Spitzentreffen der WTO in Buenos Aires unter guten Vorzeichen. Doch es gibt einen Spielverderber.

VON HANNES BREUSTEDT, DPA

Mit dem Motto «Amerika zuerst» setzen die USA unter Präsident Donald Trump auf wirtschaftliche Abschottung und treiben Anhängern des freien Handels Sorgenfalten auf die Stirn. Doch allen protektionistischen Tönen zum Trotz, schreitet die Globalisierung der Welthandelsorganisation WTO zufolge bislang

weiter voran. Das muss jedoch nicht so bleiben - es gibt grosse Risiken. Von Holz und Flugzeugen aus Kanada über Stahl und Aluminium aus China bis hin zu Oliven aus Spanien oder Biodiesel aus Argentinien: US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross scheint laufend neue Strafzölle auf US-Importe auszutüfteln. Auf die WTO-Regeln gibt er dabei nicht viel. Warum auch - Präsident Trump stellt das Handelssystem offen infrage. Statt internationaler Regelwerke, bevorzugt er bilaterale Absprachen, bei denen die USA ihre Macht besser ausspielen können. Dennoch: Während Washington dichtet, sinken im Rest der Welt zuletzt die Handelsschranken. «Die internationalen

Handelsströme haben sich nach einem scharfen Abschwung 2016 in den letzten zwölf Monaten stark erholt», sagte Generalsekretär Roberto Azevêdo vor dem jährlichen Ministertreffen der WTO in Buenos Aires. Azevêdo mahnte aber auch: «Weitere Fortschritte erfordern anhaltenden Einsatz.»

Trump droht immer wieder

Wegen der starken Entwicklung im ersten Halbjahr hatte die WTO ihre Wachstumsprognose für 2017 bereits kräftig angehoben und geht nun davon aus, dass der Welthandel verglichen mit dem Vorjahr um 3,6 Prozent zugelegt hat. Obwohl Amerika unter Trump den freien Handel

infrage stellt, ging der Protektionismus weltweit zuletzt zurück. Von Oktober 2016 bis Oktober 2017 erliessen die 164 WTO-Mitgliedsstaaten nach Angaben der Organisation 108 neue Handelsbeschränkungen. Im Vergleich zu den vorangegangenen zwölf Monaten entspricht das einem deutlichen Rückgang. Auch gegenseitige Vergeltungsmassnahmen wegen Handelsstreitigkeiten nahmen etwas ab. Doch nicht alle Entwicklungen sind positiv und das dicke Ende könnte erst noch kommen. So gingen laut WTO auch die Handels erleichterungen im Berichtszeitraum spürbar zurück. Ohnehin hat Trump, dessen Regierung im ersten Jahr seiner Amtszeit vor allem mit

Grossbaustellen wie dem Gesundheitssystem und der Steuerreform kämpft, bei seinen Drohungen in Sachen Handelspolitik noch gar nicht ernst gemacht. Die meisten von den USA verhängten Strafzölle sind bislang nur vorläufig. Sie müssen noch finalisiert und von der zuständigen Behörde International Trade Commission bestätigt werden. Deshalb halten sich andere Länder noch mit Gegenmassnahmen zurück, die in grössere Handelskonflikte münden könnten. Die Gespräche um die Zukunft des nordamerikanischen Freihandelspakts NAFTA ziehen sich derweil hin - doch Trump droht immer wieder damit, das Abkommen aufzukündigen.